

IAB-Kurzbericht

7/2011

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

In aller Kürze

- Die deutsche Wirtschaft erholt sich rasch und nachhaltig von der internationalen Krise: Nach einem kräftigen Wachstum des realen BIP um 3,6 Prozent im Jahr 2010 gehen wir für 2011 von einer Zunahme um 3 Prozent aus.
- Unter diesen Voraussetzungen steigt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um 360.000 auf einen neuen bundesdeutschen Höchststand von 40,84 Mio. Personen.
- In Ostdeutschland entwickeln sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt etwas schwächer. Da der Osten von der Krise weniger betroffen war, fallen dort auch die Aufholeffekte geringer aus.
- Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland verlängert sich um 0,7 Prozent. Damit steigen auch die während der Krise weitgehend aufgebrauchten Arbeitszeit-Puffer wieder, aber nicht in allen Sektoren gleichermaßen.
- Kurzarbeit geht weiter deutlich zurück. Mit 130.000 Kurzarbeitern im Jahresdurchschnitt wird fast ein normales Niveau erreicht.
- Im laufenden Jahr sinkt das Erwerbspersonenpotenzial um 70.000 Personen auf 44,76 Mio. Menschen.
- Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt um 320.000 Personen ab und unterschreitet im Jahresdurchschnitt 2011 knapp die 3-Millionen-Marke. Die Stille Reserve beträgt 1,2 Mio.

Neue Arbeitsmarktprognose 2011

Rekorde und Risiken

von J. Fuchs, M. Hummel, S. Klinger, E. Spitznagel, S. Wanger, E. Weber, G. Zika

Nach der internationalen Krise 2008/2009 hat sich die Wirtschaft in Deutschland rasch und nachhaltig erholt. Binnen anderthalb Jahren haben die wichtigsten Arbeitsmarktzahlen ihr Vorkrisenniveau erreicht. Doch auch die Risiken häufen sich, nicht nur infolge der Katastrophe in Japan: Die Finanzkrise hat immense Probleme bei der Bonität einiger EU-Mitgliedsländer verursacht oder aufgedeckt. Ebenfalls zugenommen hat die Inflationsgefahr, auch weil die Unruhen in Nordafrika Ölpreissteigerungen auslösen. Wie sich in diesem Umfeld der Arbeitsmarkt im Jahr 2011 voraussichtlich entwickeln wird, zeigt der vorliegende Kurzbericht.

■ Ausgangslage 2010

Günstige Bedingungen für eine schnelle Erholung

Entgegen dem Muster früherer Finanzkrisen (Reinhart/Rogoff 2009) erholte sich die deutsche Wirtschaft bemerkenswert schnell. Sie wuchs im Jahr 2010 um 3,6 Prozent. Ein wichtiger Grund dafür dürfte darin bestehen, dass – abgesehen von der Verstrickung auch deutscher Banken in riskante Wertpapiergeschäfte – die Krise nachfrageseitig war, aber nicht strukturell und nicht kos-

tenbedingt. Es war also keine Krise infolge falscher oder veralteter Produktionstechnologien auf der Angebotsseite der Wirtschaft oder weil hohe Inputpreise, etwa Löhne, die Produktion übermäßig verteuert hätten. Die anziehende Güternachfrage – vor allem im asiatischen Ausland – schlug sich unmittelbar in einer Erholung hierzulande nieder.

Die gute Verfassung auf der Angebotsseite dürfte maßgeblich dafür gewesen sein, dass der Arbeitsmarkt die Krise in zweierlei Hinsicht bemerkenswert verarbeitet hat:

Zunächst verlief die Anpassung an das eingebrochene Bruttoinlandsprodukt (BIP) erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik fast ausschließlich über eine Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen und der Produktivität je Stunde (vgl. **Abbildung 1**, Seite 2). Die Arbeitskräfte selbst wurden großteils in den Betrieben gehalten bzw. wurde die Zahl der entlassenen Personen durch neue Beschäftigungsverhältnisse in den Dienstleistungsbranchen beinahe vollständig kompensiert. Das Halten der Arbeitskräfte dürfte die Reaktion auf die ab Mitte 2009 wieder anziehende Güternachfrage deutlich beschleunigt haben – denn Zeit und Kosten der Personalsuche wurden gespart.

Dann setzte der Beschäftigungsaufbau mit der wirtschaftlichen Erholung sofort ein. Es gab auf gesamtwirtschaftlicher Ebene kein *jobless growth* – obwohl die Unternehmen über massive Puffer bei der Arbeitszeit und der Produktivität verfügten. In früheren Aufschwüngen fand der Beschäftigungsaufbau erst zeitverzögert statt. Zudem wurde die in der Rezession entstandene Arbeitslosigkeit nur zum Teil wieder abgebaut; sie verfestigte sich und stieg treppenförmig an (vgl. **Abbildung 2**). Die schärfste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik jedoch verursachte keine neue Treppenstufe, im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit sank unmittelbar mit Einsetzen der Erholung.

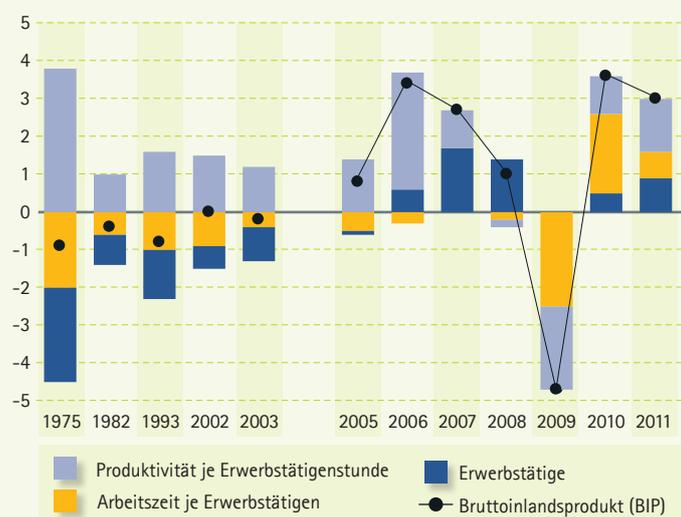
Das althergebrachte Muster war bereits in dem Aufschwung vor der Krise, ab 2005, durchbrochen worden. Dies, aber auch die Verbesserung der Relation von offenen Stellen und Arbeitslosen, deutet darauf hin, dass vor allem strukturelle Änderungen auf der Angebotsseite der Wirtschaft für die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt verantwortlich sind. Die Agenda 2010 hat die Zusammenhänge in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt grundlegend verändert. Solche institutionellen Eingriffe wirken langfristig und über Konjunkturzyklen hinweg (Blanchard 1997).

So haben die Reformen und die zunehmende Globalisierung bei schwachem Wirtschaftswachstum in Deutschland zu einer Lohnmoderation geführt. Diese macht Arbeit für die Unternehmen relativ günstiger, und sie fragen mehr Arbeitskräfte nach – erst recht vor dem Hintergrund eines mittelfristig erwarteten Fachkräftemangels. Zusätzliche Produktion wird rentabler, es lohnt sich für die Unternehmen, ihre Kapazitäten auszudehnen. Die Anlageinvestitionen legten schon im Aufschwung vor der Krise kräftiger zu als während des New-Economy-Booms um die Jahrtausendwende. Die Krise hat die Investitionstätigkeit nur kurzfristig unterbrochen und im aktuellen Aufschwung sind die Investitionen wieder ein wichtiger Motor. Für die neuen Anlagen werden die Betriebe dann auch das passende Personal suchen.

Abbildung 1

Entwicklung des BIP und seiner Entstehungskomponenten

2005 bis 2011* sowie ausgewählte Jahre mit Null- oder negativem BIP-Wachstum, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



* 2011 Annahme bzw. Prognose des IAB.

Quelle: Destatis, IAB.

© IAB

Abbildung 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

1970 bis 2011*, Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen in Prozent



* 2011 Schätzung des IAB.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

© IAB

Vor und nach der Krise: kein genereller Fachkräftemangel

Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit der fortgesetzten Strukturanpassung nach den Reformen bewirkte, dass Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit bereits zur Jahresmitte 2010 ihre Vorkrisenniveaus erreichten. Im Jahresdurchschnitt 2010 sank die Arbeitslosigkeit um 180.000 (-5,2 %) auf 3,24 Mio. Personen, in den saisonal bedingt günstigen Monaten Oktober und November sogar unter die 3-Millionen-Marke.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit geht vor allem auf den Anstieg der Beschäftigung zurück; die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik spielt eine untergeordnete Rolle.¹ Im Jahresdurchschnitt 2010 lag die Erwerbstätigkeit bei 40,48 Mio., das waren 210.000 Personen oder 0,5 Prozent mehr als 2009. 27,76 Mio. Menschen waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Zuwachs bei dieser Teilgruppe fiel mit +260.000 oder 1,0 Prozent noch kräftiger aus, u. a. weil die flexible Erwerbsform der Zeitarbeit schon frühzeitig wieder mehr genutzt wurde. Allein im Bereich Arbeitnehmerüberlassung stieg

die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 140.000 Personen.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt ist der Situation vor der Krise sehr ähnlich. Dies gilt auch für die Einschätzungen zum Fachkräftebedarf: Derzeit gibt es keine Anzeichen für einen besorgniserregenden flächendeckenden Mangel an Fachkräften. Die IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots weist zwar im IV. Quartal 2010 wieder Engpässe in den Bereichen Soziale Berufe und Ingenieure aus. Insgesamt ist aber der Anteil von Betrieben, die Besetzungsschwierigkeiten meldeten (27 %), vergleichbar mit dem vor der Krise. Weder die Zahl noch die Qualifikation der Bewerber ist dabei als Grund für die Schwierigkeiten wichtiger geworden. Ebenso berichteten nach wie vor weniger als 10 Prozent der Betriebe, dass sie wegen fehlender geeigneter Arbeitskräfte ihr wirtschaftliches Potenzial nicht ausschöpfen konnten. Folglich besteht kein Anlass zur Beunruhigung, wohl aber zur Vorbereitung von Strategien, wie man dem mittelfristig deutlich sinkenden Arbeitsangebot begegnen will. Dies kann Lohnanreize ebenso umfassen wie Weiterbildungsanstrengungen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gesteuerte Zuwanderung.

Das BIP-Wachstum ging mit einer kräftigen Zunahme der Arbeitszeit einher

Aufgrund der lebhaften Konjunktur wurde im Verlauf und im Durchschnitt des Jahres 2010 wieder länger gearbeitet (vgl. Tabelle A2 auf Seite 11). Abgesehen von der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und den häufigeren Krankentagen trugen alle Komponenten zur Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer bei, allerdings in unterschiedlichem Maße (vgl. Abbildung 3).

So wurde die tarifliche bzw. betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten im Durchschnitt wieder länger, da krisenbedingte temporäre Verkürzungen zu einem guten Teil wieder aufgehoben wurden. Zwar gibt es solche Regelungen nur in einigen Branchen, sie schlugen jedoch gesamtwirtschaftlich mit 8,1 Stunden zu Buche. Arbeitszeitmindernd wirkten die Änderungen hin zu mehr Teilzeit in der Beschäftigtenstruktur: Im Durchschnitt aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten verlängerte sich die

regelmäßige Wochenarbeitszeit 2010 nur wenig und betrug wie schon im Jahr 2009 rund 30 Stunden.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist kräftig gesunken, denn ein großer Teil der Betriebe konnte die Kapazitäten wieder besser auslasten und zur Normalarbeitszeit zurückkehren. Die momentan vorliegenden Daten und Indikatoren zur Kurzarbeit deuten auf etwa 500.000 Empfänger von konjunkturellem, saisonalem oder Transfer-Kurzarbeitergeld im Durchschnitt des Jahres 2010 hin. Bei einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von 40,6 Prozent entspricht das rechnerisch einem Beschäftigtenäquivalent von 200.000 Arbeitnehmern.

Die Zahl der Überstunden hat mit der wirtschaftlichen Belebung leicht zugenommen. So wurden je Arbeitnehmer jährlich 34,9 bezahlte Überstunden geleistet, das sind 4,6 Stunden mehr als im Krisenjahr 2009. Bei den Arbeitszeitkonten normalisierte sich die Situation. Viele Beschäftigte arbeiteten wieder wie betriebsüblich und teilweise sind schon neue Guthaben entstanden. Der jährliche Saldo auf den Arbeitszeitkonten stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Stunden je Arbeitnehmer.

Der Krankenstand hat sich 2010 erhöht und lag mit 3,6 Prozent etwas über dem Niveau der vergangenen zwei Jahre.

Der Anteil sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer in Teilzeit folgte im Jahr 2010 seinem mittelfristigen Trend und stieg auf 34,8 Prozent. Die Zahl der Teilzeitbeschäft-

Abbildung 3

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit von beschäftigten Arbeitnehmern

2010, Veränderung gegenüber Vorjahr in Stunden

Gesamtveränderung der Jahresarbeitszeit 2010 gegenüber 2009: +30,6 Stunden (+2,3 %)



* Bereinigter Kalendereffekt = Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

** Teilzeiteffekt = Wirkung einer Veränderung der Beschäftigtenstruktur auf die Arbeitszeit.

Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus Tabelle A2 abgeleitet werden.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung.

© IAB

¹ Ab Januar 2009 hatte die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente durch § 46 SGB III zu einer statistischen Umschichtung zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Maßnahmeteilnahmen geführt, z. B. bei den von Dritten betreuten Personen. Mittlerweile sinken die Teilnahmen an diesen neu klassifizierten Maßnahmen, und auch unter Berücksichtigung dieses Effekts hat die Arbeitslosigkeit das Vorkrisenniveau unterschritten.

Die Autoren



Dr. Sabine Klinger

ist kommissarische Leiterin des Forschungsbereichs „Prognosen und Strukturanalysen“ im IAB.
sabine.klinger@iab.de



Dr. Eugen Spitznagel

ist Leiter der Forschungsgruppe „Arbeitszeit und Arbeitsmarkt“ im IAB.
eugen.spitznagel@iab.de

tigten nahm um 150.000 und die der Vollzeitbeschäftigten um 60.000 Personen zu. Auch der Anteil jener Personen, die einer Nebentätigkeit nachgehen, erhöhte sich auf 7,1 Prozent.

Insgesamt nahm die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer 2010 um 2,3 Prozent zu. Die tägliche Arbeitszeit stieg um 1,8 Prozent und ein kräftiger Kalendereffekt in Höhe von 0,6 Prozent schlug zu Buche. Auch die Arbeitszeit der Selbstständigen und Mithelfenden nahm konjunkturbedingt wieder etwas zu (+0,7 %). Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen war im Jahr 2010 mit 1.419 Stunden um 2,1 Prozent länger als 2009. So ging das wirtschaftliche Wachstum im Jahr 2010 mit einer kräftigen Ausdehnung der flexiblen Arbeitszeiten einher (vgl. **Abbildung 1**). Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen war deshalb – gemessen an der Stärke des Aufschwungs – verhalten. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen stieg um 2,6 Prozent und lag mit 57,43 Mrd. Stunden nur wenig niedriger als vor der Krise.

■ Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung

Dem Statistischen Bundesamt zufolge startete das BIP mit einem statistischen Überhang von 1,2 Prozent ins Jahr 2011. Dies bedeutet, dass selbst bei

einer Stagnation der Wirtschaftsleistung zwischen Januar und Dezember der Jahresdurchschnitt um 1,2 Prozent über dem des Jahres 2010 liegen würde. Tatsächlich wird aber keine Stagnation erwartet, sondern der Aufschwung dauert an, wird sich aber ein wenig abschwächen. Denn die Weltwirtschaft wächst etwas langsamer, die Konjunkturprogramme der Jahre 2009 und 2010 sind ausgelaufen (wirken aber 2011 im Bausektor noch leicht nach) und die Finanzpolitik ist auf einen Sparkurs eingeschwenkt, der sowohl den Abbau von Subventionen als auch höhere indirekte Steuern und Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung vorsieht.

Das IAB unterstellt in seiner mittleren Projektionsvariante ein Wachstum des BIP von 3 Prozent, entsprechend den jüngsten bei Redaktionsschluss verfügbaren Konjunkturprognosen. Diese Annahme wird durch die stabile Aufwärtstendenz aktueller Indikatoren wie des ifo-Geschäftsklimaindex und des Konsumklimas unterstützt.

Dennoch unterliegt die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin außergewöhnlich hohen Risiken. Nach der Finanzkrise sind die Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten sehr angespannt. Staatsschuldtitel besonders betroffener Länder wie Griechenland und Irland werden zunehmend schlechter bewertet. Dies erhöht den Druck auf deutsche Gläubigerbanken. Mit gro-

i

Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Revision der Schätzung

Mit dem vorliegenden Kurzbericht stellen wir die Schätzung des Erwerbspersonenpotenzials (EPP) und der Stillen Reserve auf eine einheitliche konzeptionelle Grundlage für Kurz- und Langfristprojektion. Dabei entspricht das EPP der Summe aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen (vor der Revision: Arbeitslosen) und Stiller Reserve. Nun berücksichtigt die IAB-Arbeitsmarktbilanz die Erwerbslosen nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO). Dies erhöht ihre Konsistenz mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der sie ohnehin folgt. Nach wie vor bleibt aber die bei der Bundesagentur für Arbeit registrierte Arbeitslosigkeit die zentrale auszuweisende Größe der Unterbeschäftigung (zu den konzeptionellen Unterschieden zwischen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit siehe Hartmann/Riede 2005).

Bei der Revision wurden neue Erkenntnisse und Daten zur Stillen Reserve bzw. zum Erwerbspersonenpotenzial berücksichtigt. Dies betrifft zum Beispiel die Wirkung der Hartz-IV-Reform auf Umfang und Struktur der Stillen Reserve (Fuchs/Weber 2010).

Statistische und konzeptionelle Änderun-

gen ergaben sich auch beim Mikrozensus (MZ), der wichtigsten Datenquelle für die Schätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotenzials. Er basierte bis 2004 auf der einmaligen Befragung im April/Mai eines Jahres. Seit 2005 weist das Statistische Bundesamt den MZ monatlich aus, die Jahreswerte sind seither Jahresdurchschnitte. Außerdem wurde die Erfassung der geringfügigen Beschäftigung verbessert. Schließlich zählte das Statistische Bundesamt bis 2004 „nicht sofort verfügbare Personen“ zur Erwerbslosigkeit. Ab 2005 jedoch folgt die Berechnung strikt dem ILO-Standard, die „nicht sofort verfügbaren Personen“ zählen seither zu den Nichterwerbspersonen. Das Statistische Bundesamt weist sie allerdings gesondert aus und bezeichnet sie als Teil der Stillen Reserve. Die Untersuchung von Hartmann/Riede (2005) deutet darauf hin, dass sich diese Gruppe teilweise mit der Stillen Reserve in Maßnahmen überschneidet. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden die Stille Reserve im engeren Sinn und die sonstigen „nicht sofort verfügbaren Erwerbslosen“ in der IAB-Kurzfristprognose zusammen

als Restgröße abgeleitet und die Plausibilität anhand der Daten des Mikrozensus geprüft.

Auch für die Berechnung der Stillen Reserve in Maßnahmen steht seit November 2010 eine neue Datenquelle zur Verfügung: die Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen (Hartmann 2011). Damit kann rückwirkend ab 2008 zusätzlich beispielsweise die Inanspruchnahme der vorruhestandsähnlichen Regelungen durch Arbeitslosengeld-II-Bezieher (§ 428 SGB III i.V.m. § 65 SGB II) und Nicht-Leistungsbezieher (§ 252 Abs. 8 SGB VI) nachgewiesen werden. Entsprechend sind Vergleiche der Stillen Reserve in Maßnahmen vor und nach 2008 verzerrt. Vor 2008 ist die betreffende Personengruppe implizit Bestandteil der Stillen Reserve im engeren Sinn gewesen.

Die Revision von Schätzkonzept und Datengrundlagen führt zu einer Revision der Ergebnisse ab 1991: Das Arbeitsangebot und die Stille Reserve liegen nun im Niveau etwas höher als in früheren Kurzberichten ausgewiesen. Der Wendepunkt hin zu einem sinkenden Potenzial wurde aber auch nach den neuen Rechnungen bereits überschritten.

Bei Anstrengung werden weiterhin Staatsbankrotte vermieden, denn andernfalls würde das Vertrauen in die Finanzsysteme wieder sinken, Kredite würden rationiert und die Situation durch die Ansteckung weiterer Länder verschärft. Ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone ginge mit einer extremen Rezession einher. Dieses Szenario kann in einer „normalen“ Prognose nicht behandelt werden.

Weitere Herausforderungen für Politik und Wirtschaft gehen von den Unruhen in Nordafrika und den damit verbundenen möglichen Folgen für Europa aus. Zu denken ist an eine verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen ebenso wie an Beeinträchtigungen in der Ölförderung, die die Rohstoffpreise in die Höhe treiben können. Die Naturkatastrophe in Japan, verbunden mit den Störfällen in Atomkraftwerken, könnte die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls abschwächen, vor allem über die indirekten Handels- und Finanzbeziehungen mit den USA oder China – aus heutiger Sicht dürfte der Effekt allerdings eher gering sein.

Die allgemeine Wirtschaftslage und die Risiken bei der Bereitstellung von Energie und Rohstoffen führen zu einem Anstieg der Inflationsrate. Diese lag im Februar 2011 mit 2,1 Prozent knapp über dem Limit der von der Europäischen Zentralbank als „Preisstabilität“ definierten Zone. Der Preisauftrieb könnte die wirtschaftliche Aktivität etwas beeinträchtigen und die Europäische Zentralbank hat bereits signalisiert, die expansive Geldpolitik einzuschränken. Größeren gesamtwirtschaftlichen Schaden würden aber erst deutlich höhere Inflationsraten verursachen, die derzeit nicht wahrscheinlich sind.

Die Auswirkungen solcher Risiken auf das Wirtschaftswachstum sind schwer abzuschätzen. Wir nehmen als untere Variante der Prognose eine Wachstumsrate des realen BIP von 1¾ Prozent an. Das heißt, dass die Wirtschaft nach einem guten ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf fast stagnieren würde. Umgekehrt ist es denkbar, dass sich die Wirtschaft günstiger entwickelt als in der mittleren Variante unterstellt – etwa, wenn die amerikanische und die europäische Wirtschaft und damit der Welthandel kräftiger wachsen oder wenn sich die positiven Reformeffekte auf die Investitions- und Einstellungstätigkeit nach der Krise wieder verstärken. In diesem Szenario hält der konjunkturelle Schwung ungebremst an; wir berücksichtigen dies mit einem Wirtschaftswachstum von 3½ Prozent in der oberen Variante.

■ Der Arbeitsmarkt im Jahr 2011

Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau

Wie das Bruttoinlandsprodukt starteten auch Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem kräftigen statistischen Überhang ins Jahr 2011: Mehr als die Hälfte des jahresdurchschnittlichen Zuwachses wird durch diesen Bonus beim Jahreswechsel erzielt. Darauf aufsetzend dürfte die unterjährige Dynamik etwas schwächer ausfallen als im Jahr 2010. Die realen Arbeitskosten steigen im Jahr 2011 nur wenig und beeinträchtigen die Arbeitsnachfrage nicht.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 bei 40,84 Mio. liegen (vgl. Tabelle A1, Seite 10). Damit wird nach einem Zuwachs von 360.000 Personen oder 0,9 Prozent gegenüber 2010 der höchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Noch kräftiger legt die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu (+430.000 Personen oder +1,6 %, vgl. Abbildung 4 auf Seite 6). Mit 28,19 Mio. Personen erreicht sie einen Anteil von 69,0 Prozent an allen Erwerbstätigen.

Die Entwicklung in den übrigen Erwerbsformen verläuft weniger dynamisch oder sogar entgegengesetzt: So nimmt die Zahl der Beamten weiter ab. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten sinkt, seit die wirtschaftliche Erholung die Krise ablöste. Diese Tendenz wird sich im Jahr 2011 verstärken, nicht nur, weil bei guter Konjunktur der Wechsel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung leichter ist, sondern auch weil weniger Arbeitsgelegenheiten vergeben werden, die zur geringfügigen Beschäftigung zählen. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürften höchstens noch 200.000 Personen in Ein-Euro-Jobs beschäftigt sein, 60.000 weniger als 2010. Die geringfügige Beschäftigung insgesamt sinkt um 70.000 auf 5,82 Mio. Personen.

Die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen hat sich nach dem Rückgang um 20.000 im Krisenjahr 2009 nur wenig erholt und dürfte im Jahr 2011 bei 4,42 Mio. in etwa stagnieren. Die konjunkturell bedingte leichte Zunahme der ungeforderten Selbstständigkeit wird durch einen Rückgang der geförderten Selbstständigkeit fast aufgehoben.

Beschäftigte Arbeitnehmer in den Sektoren

Krise und Aufschwung haben sich in den Wirtschaftszweigen unterschiedlich niedergeschlagen. Insbesondere die Exportbranchen des Produzierenden Gewerbes, aber auch wirtschaftsnahe Dienstleistungen,

Die Autoren



Dr. Johann Fuchs
ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ im IAB.
johann.fuchs@iab.de



Markus Hummel
ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ im IAB.
markus.hummel@iab.de



Susanne Wanger
ist Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Arbeitszeit und Arbeitsmarkt“ im IAB.
susanne.wanger@iab.de



Prof. Dr. Enzo Weber
ist Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg.
Enzo.Weber@wiwi.uni-regensburg.de



Dr. Gerd Zika
ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ im IAB.
gerd.zika@iab.de

Logistik und Handel waren betroffen. Das IAB prognostiziert die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer anhand ökonomischer Zeitreihenmodelle für sechs Sektoren. Dabei zeigt sich: Mittlerweile hat die Erholung alle Sektoren erfasst. Die Zahl der Arbeitnehmer lag bereits vor Beginn des Prognosehorizonts, im IV. Quartal 2010, in fast allen Sektoren über dem Vorkrisenniveau. Eine Ausnahme bildet das Produzierende Gewerbe, denn anders als in der Gesamtwirtschaft beobachten wir dort zurzeit *jobless growth*: Obwohl die Wertschöpfung in diesem Sektor im Jahresverlauf 2010 um 6,6 Prozent gewachsen ist, hat die Beschäftigung lediglich um 0,3 Prozent zugelegt. Auch im Prognosezeitraum bleibt die Besserung verhalten. Ein Teil der wieder gestiegenen Arbeitsnachfrage in diesem Sektor dürfte durch Zeitarbeiter gedeckt werden, die statistisch den Unternehmensnahen Dienstleistern zugerechnet werden.

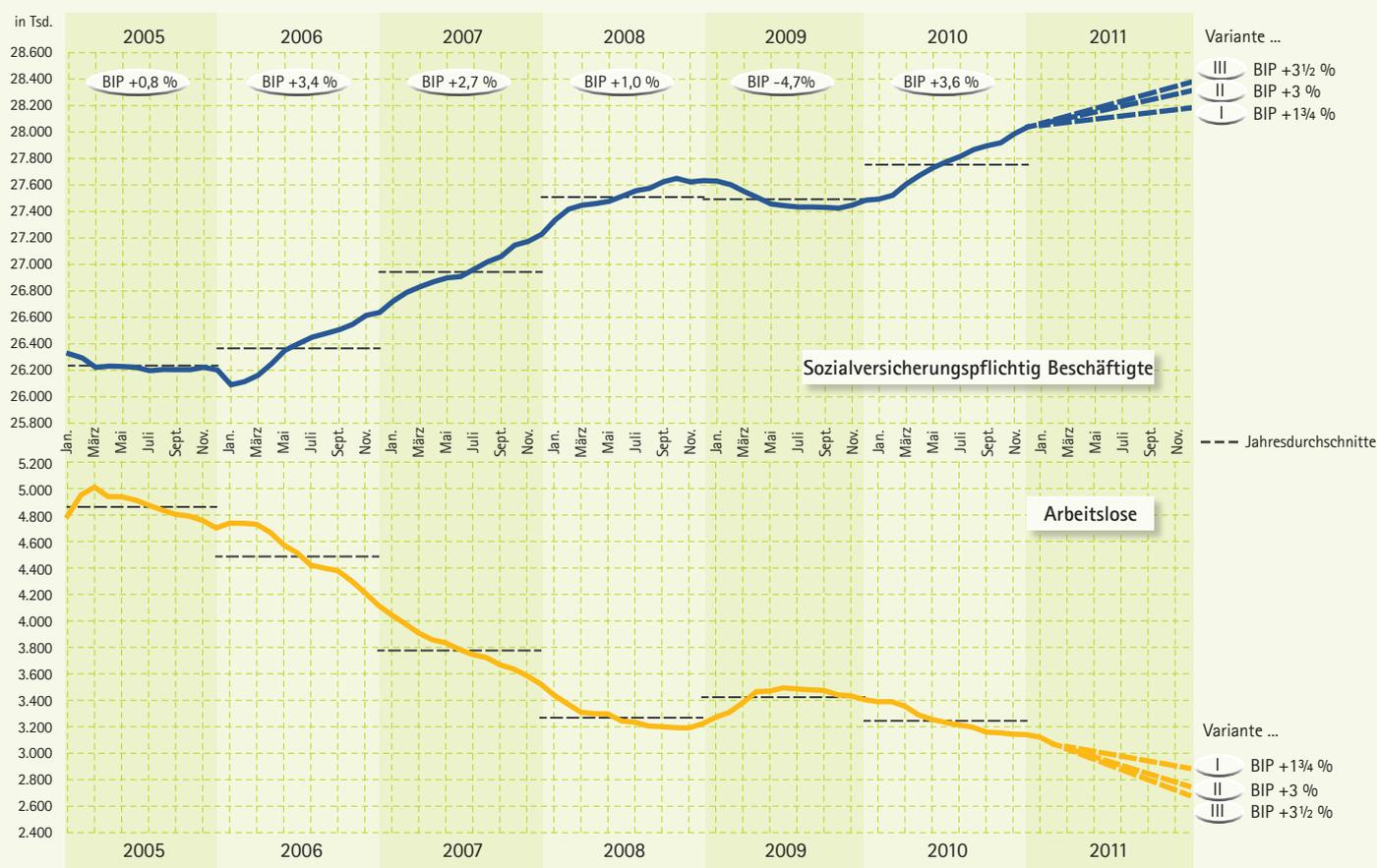
Tatsächlich werden 2011 die kräftigsten Zuwächse in dem Bereich Finanzierung/Vermietung/Unterneh-

mensnahe Dienstleistungen erzielt (+170.000 oder +2,7 %). Ebenfalls überdurchschnittlich legt das Baugewerbe zu (+30.000 oder +1,9 %), wobei es in der zweiten Jahreshälfte keine weiteren Impulse für einen Beschäftigungsaufbau gibt – auch weil die Wirkung der Konjunkturprogramme nachlässt. Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen steigt die Zahl der Arbeitnehmer in etwa durchschnittlich (+80.000 oder +0,7 %). Dabei dürften weitere Beschäftigungszunahmen im Gesundheitswesen zum Teil durch den Rückgang in der öffentlichen Verwaltung kompensiert werden. Die Aufwärtsbewegung in Handel/Gastgewerbe/Verkehr (+50.000 oder +0,6 %), Land- und Forstwirtschaft (+3.000 oder +0,6 %) sowie im Produzierenden Gewerbe (+20.000 oder +0,3 %) verläuft etwas flacher.

Arbeitszeit wieder auf Vorkrisenniveau

Die Tendenz längerer Arbeitszeiten setzt sich bei einem unterstellten BIP-Wachstum von 3 Prozent im

Abbildung 4
Entwicklungstendenzen am deutschen Arbeitsmarkt
2005 bis 2011, Personen in 1.000, saisonbereinigte Zahlen



Anmerkung: Aufgrund von unterjährig konjunkturellen Einflüssen und Sonderfaktoren wird die tatsächliche Entwicklung die hier dargestellten Jahrestendenzen überlagern.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

Jahr 2011 fort (vgl. **Tabelle A2** auf Seite 11), denn die zur Abfederung der Krise ausgeschöpften Kompensationspotenziale waren 2010 noch nicht wieder voll aufgebaut. Diese zyklische Entwicklung wird überlagert von längerfristigen, strukturellen Veränderungen wie der anhaltenden Expansion der Teilzeitbeschäftigung.

Mit andauerndem Wirtschaftsaufschwung dürften im Jahr 2011 die krisenbedingten temporären Verkürzungen der Wochenarbeitszeit fast ausnahmslos zurückgenommen werden. Die tarifliche bzw. betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt dann wieder auf dem vor der Krise bestehenden Niveau. Im Schnitt aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten beträgt die Wochenarbeitszeit 2011 rd. 30,2 Stunden.

Die Kurzarbeit wird weiter stark abnehmen. In wenigen Bereichen des Produzierenden Gewerbes sind die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise jedoch noch nicht überwunden. Deshalb wird es dort weiterhin Kurzarbeit geben. Im Jahresdurchschnitt 2011 erwarten wir 130.000 Empfänger von Konjunktur-, Saison- oder Transferkurzarbeitergeld. Dies entspricht schon fast dem üblichen, krisenunabhängigen Niveau.

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs füllen sich die Arbeitszeitkonten weiter und der jährliche Saldo je Arbeitnehmer steigt um 2,8 Stunden. Auch die bezahlten Überstunden dürften weiter zunehmen und mit 37,7 Stunden je Arbeitnehmer den Vorjahresstand um 2,8 Stunden übertreffen.

Der 2010 gestiegene Krankenstand wird im Jahresdurchschnitt 2011 nahezu unverändert 3,7 Prozent betragen.

Die Vollzeit- und die Teilzeitbeschäftigung nehmen gleichermaßen zu, sodass die Teilzeitquote 2011 mit 34,8 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Die Tendenz zu Mehrfachbeschäftigungen dürfte anhalten und der Anteil von Personen mit Nebenbeschäftigungen steigt voraussichtlich auf 7,4 Prozent.

Diese Entwicklungen führen in der Summe zu einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer um 1,3 Prozent. Dem steht ein Kalendereffekt von -0,5 Prozent entgegen, weil es 2011 wegen der Lage der Feiertage weniger Arbeitstage gibt. Im Ganzen nimmt die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer im Jahr 2011 also um 0,8 Prozent zu. Auch die Arbeitszeit der Selbstständigen und Mit helfenden dürfte sich erhöhen (+0,4 %). Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen wird mit 1.429 Stunden um 0,7 Prozent länger sein als 2010.

Im Verlauf des zweiten Jahres des wirtschaftlichen Aufschwungs regenerieren sich die Arbeitszeitpuffer nahezu vollständig, wobei die Situation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen noch unterschiedlich ist. Das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen steigt um 1,6 Prozent auf 58,34 Mrd. Stunden. Damit wird die Krise – auch gemessen an diesem Makro-Indikator – im Jahr 2011 überwunden.

Zuwanderung federt Rückgang des Arbeitsangebots ein wenig ab

Die treibende Kraft für die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots ist seit längerem der demografische Wandel. Aus dem Rückgang und vor allem der Alterung der Bevölkerung ergibt sich ein negativer demografischer Effekt auf das Erwerbspersonenpotenzial, der für 2011 auf gut 200.000 Erwerbspersonen geschätzt wird.

Dagegen rechnen wir mit einem positiven Verhalten effekt von knapp 60.000 Erwerbspersonen. Diesen bewirkt vor allem der normale, leicht aufwärtsgerichtete Trend der Erwerbsbeteiligung von Frauen und – seit einigen Jahren – von Älteren; die Sonder einflüsse aus dem Aussetzen der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgängen („G8“) in Bayern und Niedersachsen machen sich nur wenig bemerkbar. Wehr- und Zivildienstleistende werden als Erwerbstätige gezählt und gehören deshalb zum Erwerbspersonenpotenzial. Da einige der jungen Menschen nun studieren werden statt Wehrdienst zu leisten, führt das Aussetzen der Wehrpflicht vorübergehend zu einem leicht negativen statistischen Effekt. Denn Studenten ohne Nebenjob zählen nicht zum Erwerbspersonenpotenzial. Der erste G8-Jahrgang in Bayern und Niedersachsen dürfte sich – nicht zuletzt im Hinblick auf den Jahresdurchschnitt – vorläufig kaum auf das Erwerbspersonenpotenzial auswirken.

Entgegen dem Trend der letzten Jahre gehen wir für das Jahr 2011 von einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen aus. Da ab dem 1. Mai für acht EU-Länder die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, ist mit höheren Zuzügen aus Osteuropa zu rechnen. Aus der Zuwanderungsannahme resultiert ein potenzialwirksamer Wanderungseffekt von rund 70.000 Erwerbspersonen.

Alles in allem sinkt das Erwerbspersonenpotenzial gegenüber 2010 um 70.000 auf 44,76 Mio. Personen. Für die zurückliegenden Jahre wurde eine Revision vorgenommen (vgl. **Infokasten**, Seite 4), die die Tendenz eines sinkenden Arbeitsangebots bestätigt.

Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Stille Reserve

In der IAB-Arbeitsmarktbilanz entspricht die Unterbeschäftigung der Differenz zwischen dem Erwerbspersonenpotenzial und der Zahl der Erwerbstätigen.² Für 2011 ergibt sich eine Unterbeschäftigung in Höhe von 3,92 Mio., das sind 430.000 Personen oder 9,8 Prozent weniger als 2010. Analog zur Erwerbstätigkeit ist bei der Unterbeschäftigung ein großer Teil des Abbaus auf den statistischen Unterhang zum Jahresende 2010 zurückzuführen.

Nach der Revision des Konzeptes zur Schätzung von Erwerbspersonenpotenzial und Stiller Reserve (vgl. Infokasten, Seite 4) entspricht die Unterbeschäftigung der Summe aus Arbeitslosigkeit (vor der Revision: Arbeitslosigkeit) und Stiller Reserve. Die Gruppen der Erwerbslosen und der Arbeitslosen werden unterschiedlich erfasst und abgegrenzt. Sie sind nicht direkt miteinander vergleichbar und ihre Schnittmenge beträgt nur etwa 60 Prozent (Hartmann/Riede 2005), obwohl sie hoch korreliert sind und derzeit fast den gleichen Umfang haben.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird 2011 voraussichtlich um 320.000 Personen oder 9,8 Prozent sinken und mit 2,93 Mio. den niedrigsten Wert nach 1991 erreichen. Dieser Rückgang ist beachtlich, zumal mit den Haushaltskürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit auch die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sinkt. Bereits in den zurückliegenden Monaten sind die Ein-Euro-Jobs deutlich reduziert worden. Da es sich bei den Betroffenen eher um schwer vermittelbare Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II handelt, wären diese Personen wohl überwiegend in der Arbeitslosigkeit registriert, wenn es die Maßnahme nicht gäbe. Bislang zeigt sich jedoch per Saldo keine zusätzliche Belastung der Arbeitslosigkeit. Die gute Entwicklung bei den Zu- und Abgängen kann diesen Effekt zurzeit aufwiegen.

Im Gleichklang mit der Arbeitslosigkeit wird die Stille Reserve im engeren Sinn im Jahr 2011 voraussichtlich um 70.000 abnehmen. Die Stille Reserve in Maßnahmen, die keine Beschäftigung schaffenden Maßnahmen umfasst, nimmt um 130.000 Personen auf 820.000 ab. Dabei wird unterstellt, dass die jüngste Entwicklung der Teilnehmerzahlen – die bereits die Haushaltsvorgaben in der aktiven Arbeitsmarktpolitik widerspiegelt – in etwa beibehalten wird. So dürfte es in der Summe wesentliche Rückgänge bei der Weiterbildung und durch das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelungen nach § 428 SGB III und § 65 SGB II geben. Nach einem deutlichen Aufbau der Betreuung Arbeitsuchender

durch Dritte im Jahr 2010 sinkt nun auch die Zahl der so betreuten Personen wieder deutlich. Einzig die Zahl der Personen über 57 Jahren im Rechtskreis des SGB II, denen binnen eines Jahres keine sozialversicherungspflichtige Stelle angeboten werden konnte und die deshalb aus der registrierten Arbeitslosigkeit ausscheiden, nimmt leicht zu.

Arbeitslosigkeit in den Rechtskreisen

Im Rechtskreis SGB III, dem System der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung, werden Personen betreut, die in der Regel dem Arbeitsmarkt näher stehen, eine bessere Qualifikation haben und noch nicht so lange arbeitslos sind wie Personen im Rechtskreis des SGB II, der steuerfinanzierten Grundversicherung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger. Die Entlassungen während der Wirtschaftskrise hatten vor allem die Arbeitslosigkeit im SGB III erhöht. Der zügige Aufschwung – wohl auch in Verbindung mit den Strukturreformen der Jahre 2003 bis 2005 – verhinderte, dass sich die entstandene Arbeitslosigkeit verfestigte. Infolgedessen gab es zuletzt wenig Veränderung im Rechtskreis SGB II und die Tendenz einer leichten Abnahme der Arbeitslosigkeit setzt sich hier fort. Im Rechtskreis des SGB III hingegen sind Krise und Erholung deutlich sichtbar (vgl. Tabelle 1):

Einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 180.000 Personen im Jahr 2009 folgte 2010 ein Abbau um 120.000 Personen. Auch dank des statistischen Unterhangs dürfte es 2011 zu einer weiteren kräftigen Reduzierung der SGB-III-Arbeitslosigkeit um 230.000 auf 850.000 Personen kommen. Im SGB II fallen die Rückgänge mit 60.000 im Jahr 2010 und 90.000 im Jahr 2011 wesentlich kleiner aus, obwohl dieser Teil der Arbeitslosigkeit viel mehr Personen umfasst, nämlich voraussichtlich 2,08 Mio. im Jahr 2011. Der Abbau im Jahr 2011 nimmt sich gegenüber der SGB-III-Arbeitslosigkeit auch deshalb so gering aus, weil es im SGB II keinen statistischen Unterhang zum Jahresende 2010 gab. Daher beruht der Rückgang ausschließlich auf der Dynamik im Jahresverlauf 2011.

Der Westen profitiert von einer etwas besseren Arbeitsnachfrage

Die Wirtschaftskrise war vor allem in den im Westen angesiedelten Exportbranchen spürbar. Daher ist für den Osten nicht nur eine schwächere Reaktion auf

² Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht in ihren Monatsberichten ein anderes Konzept der Unterbeschäftigung: Es berücksichtigt zusätzlich zu den Arbeitslosen die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Basis beider Konzepte sind Arbeitskräfte, nicht Arbeitsstunden.

die Krise zu verzeichnen, sondern analog auch eine schwächere Erholung. Trotz der insgesamt guten Lage dürfte die wirtschaftliche Entwicklung deshalb wie schon 2010 auch 2011 hinter dem Westen zurückbleiben. Das wird ebenso die Dynamik der Arbeitskräftenachfrage 2011 verringern. Hinzu kommt, dass der Anteil der SGB-II-Arbeitslosen im Osten mit 71,8 Prozent deutlich höher liegt als im Westen (64,6 %). Entsprechend werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Osten relativ häufiger eingesetzt – insbesondere Arbeitsgelegenheiten, die aber 2011 weiter zurückgehen. Es ist zu erwarten, dass dieser die Beschäftigung schwächende und die Arbeitslosigkeit unmittelbar belastende Effekt im Osten stärker ausfällt, auch wenn er zum Teil durch die neue Bürgerarbeit etwas abgefedert werden könnte.

Folglich wird die Erwerbstätigkeit im Osten nur um 50.000 oder 0,6 Prozent zunehmen, im Westen hingegen um 310.000 oder 0,9 Prozent. Damit steigt die Erwerbstätigkeit im Osten auf 7,52 Mio. und im Westen auf 33,32 Mio. Personen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Osten

mit 71,3 Prozent etwas höher liegen als im Westen mit 68,5 Prozent. Dies ist allerdings kein Indiz für eine höhere Beschäftigungsqualität im Osten. Zwar gibt es dort eine etwas geringere Teilzeitquote (33 % vs. 35 %) und der Anteil der Zeitarbeitnehmer ist vergleichbar (je 2 %), aber der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse liegt im Osten höher (10 % vs. 7 %) (Quelle: Mikrozensus 2009).

Die Arbeitszeiten in West und Ost entwickeln sich tendenziell nach gleichen Grundmustern. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen nimmt in Westdeutschland um 0,6 Prozent und in Ostdeutschland um 0,8 Prozent zu (vgl. Tabelle A1). Der negative Einfluss des Kalenders auf die Arbeitstage im Jahr 2011 ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als im Westen, weil die Feiertage regional unterschiedlich geregelt sind. Allerdings steigt im Osten die Vollzeitbeschäftigung relativ kräftiger, weil Arbeitsgelegenheiten stärker abgebaut werden, und die Teilzeitquote sinkt – im Gegensatz zum Westen.

→ Lesen Sie weiter auf Seite 12

Tabelle 1

Arbeitslose in den Rechtskreisen SGB III und SGB II, 2006 bis 2011

			2006	2007	2008	2009	2010	2011			
								Var I	Var II	Var III	
Insgesamt	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	3.007	2.486	2.145	2.320	2.232	2.042	1.991	1.966	
		Ost	1.480	1.290	1.123	1.103	1.013	948	937	930	
		insgesamt	4.487	3.776	3.268	3.423	3.244	2.990	2.927	2.896	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	- 240	- 521	- 341	+ 175	- 88	- 189	- 241	- 266	
		Ost	- 134	- 190	- 167	- 20	- 90	- 64	- 76	- 82	
		insgesamt	- 374	- 711	- 508	+ 155	- 179	- 254	- 317	- 348	
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	West	9,1	7,5	6,4	6,9	6,6	6,1	5,9	5,8	
		Ost	17,3	15,1	13,1	13,0	12,0	11,3	11,1	11,1	
		insgesamt	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	7,1	7,0	6,9	
davon	SGB III	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	1.159	861	684	870	791	645	628	620
			Ost	505	392	327	324	286	226	222	220
			insgesamt	1.664	1.253	1.011	1.194	1.077	871	850	840
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	- 283	- 298	- 177	+ 186	- 79	- 146	- 163	- 171	
		Ost	- 144	- 113	- 65	- 3	- 38	- 60	- 64	- 66	
		insgesamt	- 427	- 411	- 242	+ 183	- 117	- 206	- 227	- 237	
	SGB II	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	1.848	1.625	1.461	1.450	1.441	1.397	1.363	1.346
			Ost	975	898	796	779	727	722	715	710
			insgesamt	2.823	2.523	2.257	2.229	2.167	2.119	2.077	2.056
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	+ 43	- 223	- 164	- 11	- 9	- 43	- 78	- 95		
	Ost	+ 10	- 77	- 102	- 17	- 52	- 5	- 12	- 17		
	insgesamt	+ 53	- 300	- 266	- 28	- 62	- 48	- 90	- 111		
Anteil SGB II in %	West	61,5	65,4	68,1	62,5	64,6	68,4	68,5	68,5		
	Ost	65,9	69,6	70,9	70,6	71,8	76,2	76,3	76,4		
	insgesamt	62,9	66,8	69,1	65,1	66,8	70,9	71,0	71,0		

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

© IAB

Arbeitsmarktentwicklung 2002 bis 2010 und Projektionsvarianten für 2011

		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011			
												Var I	Var II	Var III
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften														
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	West	- 0,1	- 0,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,0	- 5,1	+ 3,7	+ 1¼	+ 3	+ 3½	
	Ost	+ 0,5	- 0,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,8	- 2,7	+ 2,8	+ 1½	+ 2¾	+ 3¼	
	insg.	0,0	- 0,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,0	- 4,7	+ 3,6	+ 1¼	+ 3	+ 3½	
Stundenproduktivität	West	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,9	+ 0,8	- 0,2	- 2,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	
	Ost	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 1,7	+ 0,0	- 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	
	insg.	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,0	- 0,2	- 2,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	
Arbeitsvolumen	West	- 1,1	- 1,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,4	+ 1,9	+ 1,2	- 2,7	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	
	Ost	- 2,9	- 1,8	- 0,1	- 1,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	- 2,0	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	
	insg.	- 1,4	- 1,4	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,2	- 2,5	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,8	
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit	West	- 0,8	- 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 2,6	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	
	Ost	- 1,3	- 0,6	- 0,4	- 0,5	- 0,8	- 1,1	- 0,3	- 2,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	
	insg.	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 2,5	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	West	- 0,3	- 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	- 0,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0
		Ost	- 1,6	- 1,2	+ 0,3	- 0,7	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7
		insg.	- 0,6	- 0,9	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,4	- 0,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	- 103	- 281	+ 133	+ 2	+ 180	+ 522	+ 473	- 9	+ 160	+ 255	+ 312	+ 340
		Ost	- 117	- 89	+ 21	- 47	+ 60	+ 127	+ 79	+ 4	+ 51	+ 33	+ 46	+ 53
		insg.	- 220	- 370	+ 154	- 45	+ 240	+ 649	+ 552	- 5	+ 212	+ 288	+ 358	+ 393
	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	31.832	31.551	31.684	31.686	31.866	32.388	32.861	32.852	33.012	33.267	33.324	33.352
		Ost	7.264	7.175	7.196	7.149	7.209	7.336	7.415	7.419	7.470	7.504	7.517	7.524
		insg.	39.096	38.726	38.880	38.835	39.075	39.724	40.276	40.271	40.483	40.771	40.841	40.876
	Sozialvers.pfl. Beschäftigte in 1.000	insg.	27.629	27.007	26.561	26.236	26.366	26.943	27.510	27.493	27.755	28.117	28.187	28.222
Vorjahresveränderung in 1.000	insg.	- 272	- 622	- 446	- 325	+ 130	+ 577	+ 567	- 17	+ 262	+ 362	+ 432	+ 467	
Vorjahresveränderung in %	insg.	- 1,0	- 2,3	- 1,7	- 1,2	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,1	- 0,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	
Nachrichtlich: Kurzarbeiter ¹⁾ in 1.000	insg.	207	195	151	126	67	68	101	1.143	495	200	130	75	
B. Das Angebot an Arbeitskräften														
Erwerbspersonen- potenzial ²⁾	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	34.871	35.053	35.399	35.538	35.693	35.637	35.714	35.877	35.922	35.955	35.955	35.955
		Ost	9.451	9.390	9.339	9.302	9.295	9.202	9.097	9.017	8.905	8.802	8.802	8.802
		insg.	44.323	44.443	44.738	44.840	44.988	44.839	44.811	44.894	44.826	44.758	44.758	44.758
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	+ 190	+ 181	+ 347	+ 139	+ 155	- 56	+ 77	+ 163	+ 45	+ 33	+ 33	+ 33	
	Ost	- 109	- 61	- 51	- 37	- 7	- 93	- 104	- 80	- 113	- 102	- 102	- 102	
	insg.	+ 82	+ 120	+ 296	+ 101	+ 148	- 149	- 27	+ 83	- 68	- 69	- 69	- 69	
C. Die Arbeitsmarktbilanz														
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	2.498	2.753	2.781	3.247	3.007	2.486	2.145	2.320	2.232	2.042	1.991	1.966
		Ost	1.563	1.624	1.600	1.614	1.480	1.290	1.123	1.103	1.013	948	937	930
		insg.	4.061	4.377	4.381	4.861	4.487	3.776	3.268	3.423	3.244	2.990	2.927	2.896
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	+ 177	+ 255	+ 28	+ 466	- 240	- 521	- 341	+ 175	- 88	- 189	- 241	- 266	
	Ost	+ 31	+ 61	- 24	+ 14	- 134	- 190	- 167	- 20	- 90	- 64	- 76	- 82	
	insg.	+ 208	+ 316	+ 4	+ 480	- 374	- 711	- 508	+ 155	- 179	- 254	- 317	- 348	
Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	West	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,5	6,4	6,9	6,6	6,1	5,9	5,8	
	Ost	17,7	18,5	18,4	18,7	17,3	15,1	13,1	13,0	12,0	11,3	11,1	11,1	
	insg.	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	7,1	7,0	6,9	
Stille Reserve	Jahresdurchschnitte in 1.000	West	1.052	1.154	1.183	959	1.117	987	876	898	979	868	857	851
		Ost	652	645	515	473	545	525	518	498	435	358	357	356
		insg.	1.704	1.799	1.698	1.432	1.663	1.513	1.394	1.396	1.414	1.227	1.214	1.208
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	+ 0	+ 102	+ 30	- 225	+ 159	- 130	- 111	+ 22	+ 81	- 110	- 122	- 127
		Ost	- 29	- 7	- 130	- 42	+ 72	- 20	- 7	- 20	- 63	- 77	- 78	- 79
		insg.	- 28	+ 95	- 100	- 267	+ 231	- 150	- 118	+ 2	+ 17	- 187	- 200	- 206
	davon: Stille Reserve im engeren Sinn	West	592	684	653	509	627	487	224	224	302	291	280	274
		Ost	349	369	235	258	308	287	228	216	163	115	114	113
		insg.	941	1.053	888	767	936	775	452	440	465	406	394	387
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	- 53	+ 92	- 30	- 145	+ 119	- 140	- 263	- 0	+ 78	- 11	- 22	- 27
Ost		- 39	+ 20	- 134	+ 23	+ 50	- 21	- 59	- 12	- 54	- 48	- 49	- 50	
insg.		- 91	+ 112	- 164	- 122	+ 169	- 161	- 322	- 12	+ 24	- 58	- 71	- 77	
Stille Reserve in Maßnahmen ³⁾	West	460	470	530	450	490	500	652	674	677	577	577	577	
	Ost	303	276	280	215	237	238	290	282	272	243	243	243	
	insg.	763	746	810	665	727	738	942	956	949	820	820	820	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000	West	+ 53	+ 10	+ 60	- 80	+ 40	+ 10	+ 152	+ 22	+ 3	- 100	- 100	- 100	
	Ost	+ 10	- 27	+ 4	- 65	+ 22	+ 1	+ 52	- 8	- 10	- 29	- 29	- 29	
	insg.	+ 63	- 17	+ 64	- 145	+ 62	+ 11	+ 204	+ 14	- 7	- 129	- 129	- 129	

1) Enthält seit der Neuregelung 2007 Konjunktur-Kug, Saison-Kug und Transfer-Kug.

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande.

2) Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve.

3) Aufgrund von Änderungen des Maßnahmenprogramms im Zeitverlauf nicht miteinander vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

© IAB

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten in Deutschland 2002 bis 2011 (2011: Projektionsvariante II)

			2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Prognose 2011
A. Beschäftigte Arbeitnehmer												
Personen	Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	35.093	34.653	34.658	34.480	34.684	35.288	35.843	35.862	36.067	36.421
	darunter: Vollzeit	1.000	24.939	24.234	23.687	23.203	23.117	23.407	23.712	23.459	23.515	23.755
	Teilzeit	1.000	10.154	10.419	10.971	11.277	11.567	11.881	12.131	12.403	12.552	12.666
	Teilzeitquote	%	28,9	30,1	31,7	32,7	33,3	33,7	33,8	34,6	34,8	34,8
	Personen mit Nebenjobs	1.000	1.274	1.498	1.864	1.958	2.066	2.228	2.384	2.458	2.558	2.687
Arbeitszeitkomponenten und -effekte	Kalendertage	Tage	365	365	366	365	365	365	366	365	365	365
	Samstage und Sonntage	Tage	104	104	104	105	105	104	104	104	104	105
	Feiertage	Tage	12,0	11,8	8,0	8,3	10,4	12,0	10,4	9,4	8,0	8,3
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	249,0	249,2	254,0	251,7	249,6	249,0	251,6	251,6	253,0	251,7
	Wochenarbeitszeit Vollzeit	Std.	38,18	38,20	38,17	38,20	38,29	38,34	38,33	38,07	38,24	38,35
	Teilzeit	Std.	13,88	13,83	14,04	14,29	14,37	14,49	14,55	14,54	14,70	14,84
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	31,15	30,87	30,53	30,38	30,31	30,31	30,28	29,93	30,05	30,17
	Tarifliche/betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.551,2	1.538,8	1.551,3	1.529,2	1.513,4	1.509,5	1.523,8	1.505,9	1.520,6	1.518,7
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	31,1	31,0	31,0	30,9	30,9	30,9	31,1	30,7	30,7	30,7
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,9	29,9	29,7	29,7
	Krankenstand der Personen	%	3,96	3,54	3,30	3,40	3,23	3,17	3,32	3,35	3,62	3,65
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	8,6	7,7	7,4	7,5	7,1	6,9	7,3	7,4	8,1	8,1
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	53,7	47,7	45,0	45,6	42,9	42,0	44,4	44,2	48,4	48,7
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	209,2	210,5	215,7	213,3	211,6	211,2	213,2	213,5	214,3	212,9
	Überstunden pro Kalenderwoche ¹⁾	Std.	1,11	1,07	1,03	0,99	0,98	0,98	0,92	0,74	0,84	0,91
	Überstunden pro Zeitraum ¹⁾	Std.	57,7	55,9	53,9	51,6	51,2	51,3	48,2	38,4	44,0	47,2
	Überstunden pro Zeitraum ²⁾	Std.	46,9	45,0	42,7	40,6	40,3	40,4	38,2	30,3	34,9	37,7
	Überstundenvolumen	Mio. Std.	1.644	1.560	1.480	1.401	1.396	1.426	1.367	1.087	1.259	1.372
	Kurzarbeiter ³⁾	1.000	207	195	151	125	67	68	101	1.143	495	130
	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	45,1	46,5	51,9	53,1	55,0	58,8	48,9	36,1	40,6	44,0
	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	Std.	611,8	626,1	706,9	712,3	728,8	777,7	653,2	477,7	541,8	587,2
	Ausfallvolumen	Mio. Std.	126	122	106	89	49	53	66	546	268	76
Kurzarbeitereffekt	Std.	3,6	3,5	3,1	2,6	1,4	1,5	1,8	15,2	7,4	2,1	
Arbeitsausfall durch Schlechtwetter	Std.	1,2	1,5	1,0	1,3	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	
Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	- 1,5	- 2,9	- 2,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	- 1,4	- 8,4	+ 3,8	+ 2,8	
Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	+ 7,5	+ 6,7	- 12,3	- 3,0	+ 5,0	+ 7,5	- 2,7	- 3,2	- 8,4	- 3,0	
Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.351,5	1.343,2	1.341,1	1.330,5	1.327,3	1.327,8	1.323,1	1.281,2	1.310,4	1.320,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	- 3,2	+ 2,3	+ 0,7	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	47.428	46.546	46.480	45.876	46.036	46.855	47.424	45.946	47.262	48.076	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,9	- 0,1	- 1,3	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,2	- 3,1	+ 2,9	+ 1,7	
Arbeitszeit Vollzeit	Std.	1.658,0	1.663,3	1.678,8	1.674,9	1.678,6	1.681,7	1.676,0	1.627,0	1.668,0	1.679,3	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,2	+ 0,3	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 2,9	+ 2,5	+ 0,7	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	41.350	40.309	39.766	38.864	38.803	39.364	39.740	38.167	39.223	39.891	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 2,0	- 2,5	- 1,3	- 2,3	- 0,2	+ 1,4	+ 1,0	- 4,0	+ 2,8	+ 1,7	
Arbeitszeit Teilzeit	Std.	598,5	598,5	612,0	621,9	625,2	630,6	633,3	627,2	640,5	646,2	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,6	+ 0,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	- 1,0	+ 2,1	+ 0,9	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	6.077	6.236	6.714	7.013	7.232	7.492	7.683	7.779	8.040	8.185	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 2,8	+ 2,6	+ 7,7	+ 4,4	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,6	+ 1,2	+ 3,4	+ 1,8	
Arbeitszeit in Nebenjobs	Std.	384,0	388,2	417,4	416,8	411,2	411,3	413,8	409,7	415,4	414,8	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	489	582	778	816	850	916	986	1.007	1.063	1.115	
Nebenerwerbstätigkeitseffekt	Std.	13,9	16,8	22,5	23,7	24,5	26,0	27,5	28,1	29,5	30,6	
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs	Std.	1.365,4	1.360,0	1.363,6	1.354,2	1.351,8	1.353,8	1.350,6	1.309,3	1.339,9	1.350,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 2,3	+ 0,8	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	47.916	47.128	47.260	46.693	46.886	47.773	48.410	46.954	48.326	49.190	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,6	+ 0,3	- 1,2	+ 0,4	+ 1,9	+ 1,3	- 3,0	+ 2,9	+ 1,8	
Nachrichtlich: Arbeitstage-Effekt	%	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,9	- 0,9	- 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 0,0	+ 0,6	- 0,5	
Tägliche Arbeitszeit	%	- 0,7	- 0,5	- 1,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 1,3	- 3,0	+ 1,8	+ 1,3	
B. Selbstständige und Mithelfende												
Personen	1.000	4.003	4.073	4.222	4.355	4.391	4.436	4.433	4.409	4.416	4.421	
Arbeitszeit	Std.	2.148,0	2.112,3	2.081,9	2.066,8	2.045,0	2.032,4	2.038,8	2.048,6	2.062,8	2.070,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 2,2	- 1,7	- 1,4	- 0,7	- 1,1	- 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	8.593	8.595	8.786	9.000	8.976	9.017	9.040	9.031	9.107	9.153	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,8	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,4	- 0,3	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 0,5	
C. Erwerbstätige												
Personen	1.000	39.096	38.726	38.880	38.835	39.075	39.724	40.276	40.271	40.483	40.842	
Arbeitszeit	Std.	1.445,4	1.438,9	1.441,5	1.434,1	1.429,6	1.429,6	1.426,4	1.390,2	1.418,7	1.428,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,9	- 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	0,0	- 0,2	- 2,5	+ 2,1	+ 0,7	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	56.509	55.723	56.046	55.693	55.862	56.789	57.450	55.985	57.433	58.343	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,4	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,2	- 2,5	+ 2,6	+ 1,6	

1) Arbeitnehmer ohne geringfügig Beschäftigte, Auszubildende, Elternzeit und Altersteilzeit (Freistellungsphase)

2) Alle Arbeitnehmer.

3) Enthält seit der Neuregelung der Kurzarbeit 2007 Konjunktur-Kug, Saison-Kug und Transfer-Kug.

Dies führt zu einer längeren durchschnittlichen Arbeitszeit aller Beschäftigten. Zudem spielt die Kurzarbeit in Ostdeutschland fast keine Rolle mehr, und die Arbeitszeit der Selbstständigen und Mithelfenden nimmt dort stärker zu.

Bezüglich des Arbeitsangebots gilt nach wie vor, dass der Osten demografisch bedingt Erwerbspersonenpotenzial verliert, ohne dass dies durch die Erwerbsbeteiligung oder Zuwanderung ausgeglichen wird (-100.000). Dem Arbeitsmarkt stehen in Ostdeutschland 8,80 Mio. Personen zur Verfügung. Weil Zuwanderer zum weit überwiegenden Teil in den Westen ziehen, nimmt dort das Arbeitsangebot noch geringfügig zu, aber die Veränderungen liegen – vor allem gemessen an der Gesamtgröße von 35,96 Mio. Personen – nahe bei null.

Mit Blick auf die Unterbeschäftigung werden Unterschiede zwischen den Landesteilen also reduziert, weil die etwas ungünstigere Entwicklung der Arbeitsnachfrage im Osten durch das rückläufige Arbeitsangebot aufgewogen wird. Auch deshalb haben sich die Arbeitslosenquoten in den letzten Jahren angenähert, der Unterschied ist mit 11,1 Prozent im Osten und 5,9 Prozent im Westen aber nach wie vor sehr groß. In absoluten Größen sinkt die Arbeitslosigkeit im Osten um 80.000 auf 940.000 Personen und im Westen um 240.000 auf 1,99 Mio. Personen.

■ Zusammenfassung und Ausblick auf 2012

Die kräftige Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts im Jahr 2010 setzt sich 2011 fort. Obwohl die unterjährige Dynamik etwas nachlässt, werden unter der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 3 Prozent ein hoher Zuwachs der Erwerbstätigkeit (+360.000) und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit (-320.000) prognostiziert. Der statistische Über- bzw. Unterhang zum Jahresende 2010 spielt dabei eine wichtige Rolle. Im Jahresdurchschnitt erreichen die Erwerbstätigkeit mit 40,84 Mio. und die Arbeitslosigkeit mit 2,93 Mio. die besten Werte nach 1991. Daneben gibt es nach wie vor eine nennenswerte Stille Reserve.

Für das Jahr 2012 liegen die Konjunkturprognosen derzeit bei 1,6 bis 2,4 Prozent BIP-Wachstum. Dies

spricht für eine nachhaltige Erholung, wenngleich der kräftige Aufholprozess nach der Krise abgeschlossen zu sein scheint. Für den Arbeitsmarkt deutet dies auf eine abermals abgeschwächte Fortsetzung der guten Entwicklung hin. Unklar ist, wie lange der Anpassungsprozess der Angebotsseite nach den Reformen der Agenda 2010 die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt noch weiter voranbringt. Zudem dürften nach der außerordentlich kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit die im Pool verbliebenen Personen durchschnittlich schlechtere Beschäftigungschancen aufweisen. Auch deshalb wird es in Zukunft schwieriger, die Arbeitslosigkeit weiterhin in so hohem Tempo zu senken.

Sämtliche Prognosen stehen derzeit unter dem Vorbehalt, dass die Risiken aus der Staatsschuldenkrise, den politischen Unruhen, der prekären Situation in Japan oder der Inflation die wirtschaftliche Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Die politischen – auch wirtschaftspolitischen – Herausforderungen bleiben auf absehbare Zeit bestehen.

Literatur

Blanchard, Olivier J. (1997): The medium run. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2, S. 89-158.

Fuchs, Johann; Weber, Brigitte (2010): Umfang und Struktur der westdeutschen Stillen Reserve. [IAB-Forschungsbericht Nr. 11](#).

Hartmann, Michael (2011): Umfassende Arbeitsmarktstatistik – Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Weiterentwicklung des Messkonzepts. Bundesagentur für Arbeit, Methodenbericht Statistik, im Erscheinen.

Hartmann, Michael; Riede, Thomas (2005): Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede. *Wirtschaft und Statistik*, 4, S. 303-310.

Reinhart, Carmen M.; Rogoff, Kenneth S. (2009): The aftermath of financial crises. *American Economic Review: Papers and Proceedings* 99, 2, S. 466-472.